76. Jahrgang. Nr. 38 Freitag, 22. Januar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 341. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise: bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Postgebühren), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 84 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag II. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Sievich & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1066 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Französische Zwecklügen am Pranger

Deutliche Worte des Reichswehrministeriums

Berlin, 21. Januar. In dem planmäßigen Verleumdungsfeldzug, den die französische Presse und andere Stellen in letzter Zeit über das Thema angeblicher deutscher Geheimrüstungen veranstaltet haben, stellen die Behauptungen des Generals Bourgeois und des Senators Eccard einen Gipfelpunkt dar. Nach diesen Behauptungen soll Deutschland ein mächtiges Heer organisieren, indem eine große Anzahl von Unteroffizieren aus der Reichswehr ausscheide, um Platz für Rekruten frei zu machen, und indem zahlreiche Offiziere in verbotenen Schulen ausgebildet würden. Hierzu erklärt das Reichswehrministerium u. a.:

> Diese Behauptungen sind erlogen. Die Zahl der Entlassungen und Neueinstellungen ist im Wehrgesetz nach den Vorschriften des Diktats von Versailles genau festgelegt und wird ebenso genau eingehalten.

Eine Ausbildung von Offizieren ist schon deshalb nicht möglich, weil die geringe Anzahl der deutschen Offiziere zum Dienst in der Truppe benötigt wird und weil es überhaupt verbotene Schulen nicht gibt. Im deutschen Reichsheer dienen nur 3800 Truppenoffiziere, während die Zahl der französischen aktiven Offiziere höher als 30 000 ist. Wenn General Bourgeois u. a. von einer deutschen „Stoßarmee" gesprochen hat, so verwechselt er diese anscheinend mit der etwa 50 Divisionen starken französischen „Armée de couverture", die eine voraussichtliche Kriegsstärke von über 1½ Million Mann hat, während die Stärke des deutschen Reichsheeres im Frieden und Krieg nur 100 000 Mann beträgt. Wenn General Bourgeois von der Möglichkeit einer schnellen Umstellung der deutschen Großindustrie auf Kriegsfertigkeit spricht, so ist darauf zu erwidern, daß eine Umstellung nicht so schnell erfolgen kann, wie die mächtigen französischen Bombengeschwader das jeden Luftschutzes entbehrende deutsche Gebiet überfliegen können. Für die von General Bourgeois bemängelte Erziehung der Kinder im Sinne einer Revanchepropaganda ist er jeden Beweis schuldig geblieben.

> Deutschland wäre zufrieden, wenn die französischen Schulbücher die Kriegsschuldlüge und die Darstellung des Weltkrieges im gleichen Geiste der Wahrhaftigkeit behandeln würden, wie die deutschen.

Die Behauptungen des Senators Eccard über die deutschen Militärausgaben strafen sich durch ihre Lächerlichkeit selbst Lügen. Eccard wendet sich auch gegen die von Deutschland betriebene Aufklärung der öffentlichen Meinung über die Abrüstungsfrage. Dazu ist zu sagen, daß Deutschland nicht aufhören wird, das ungeheure Mißverhältnis an Recht, Macht und Sicherheit, das durch die Nichteinhaltung des im Diktat von Versailles gegebenen Abrüstungsversprechens der Siegermächte hervorgerufen und durch das Weiterrüsten der rüstungsfreien Mächte in unerträglicher Weise gesteigert wurde, weiter der Oeffentlichkeit der Welt vor Augen zu halten.

Einnebelungsversuche

Das Sprichwort „Alte Liebe rostet nicht" scheint wirklich für die Beziehungen Englands zu Frankreich zuzutreffen. Was haben sich die Franzosen seit Jahren nicht alles geleistet, um das stolze Großbritannien zu brüskieren! Mit deutschen Tributen und dem Raub der deutschen Kohlen-, Erz- und Kalischätze sowie der hochentwickelten deutschen Werke in Elsaß-Lothringen und im Saargebiet wurde Frankreich ein beachtlicher Konkurrent der englischen Industrie. Machtpolitisch ging das von England so kostbar beobachtete europäische Gleichgewicht zugunsten der französischen Hegemonie verloren. Wirtschaftspolitisch wurde Frankreich durch die deutschen Tribute das reichste Goldland der Erde. Diese Tribute hat Deutschland durch einen erzwungenen Export bezahlt, der vielfach auf Kosten des britischen Absatzes ging. Eine riesige Erwerbslosigkeit auch in England ist die Folge. Die sich aus dem Tributwahnsinn entwickelnde Weltwirtschaftskrise verringerte den Wert der einstmals reichtumspendenden Rohstoffquellen in den britischen Dominions und den Kronkolonien. Englands Leihkapitalien froren ein, während Frankreich unerbittlich seine Gelder vom Londoner Markt zurückzog, um das Pfund von seiner Höhe zu stürzen und an seine Stelle den Franken als die sicherste Währung der Welt zu stellen. In den englischen Wirtschaftskreisen, in der City, kam man schließlich zu der Erkenntnis, daß die französischen Tributforderungen von Deutschland der Kern auch der englischen Krankheit sind.

Aber alle Demütigungen, die Frankreich bisher England hat zuteil werden lassen, blieben auf einflußreiche politische Kreise, namentlich auf die Beamten des britischen Außenamtes, ohne Eindruck. Dort sträubt man sich mit zäher Hartnäckigkeit gegen die Vorteile, die eine Isolierung Frankreichs für die Wiederherstellung der alten Machtstellung Großbritanniens haben müßten. Man sieht nur die französische Stärke und hält es in müder Resignation für zweckmäßig, sich mit der großen Kontinentalmacht gutzustellen. Für diese hochkonservativen Kreise gilt immer noch das Wort des alten Austen Chamberlain: „Ich liebe Frankreich wie eine schöne Frau." Nach den letzten Ereignissen scheint sich die Vorliebe der englischen Diplomatie für Laval und Tardieu sogar bis zur Blindheit gesteigert zu haben.

Bekanntlich hatte die englische Regierung die Einladungen für die Reparationskonferenz in Lausanne für Montag, den 25. Januar, ergehen lassen. Am Sonnabend müßten sich also die Delegationen aus den Hauptstädten bereits auf den Weg machen, um zum festgesetzten Termin pünktlich am Tagungsort einzutreffen. Alle Regierungen, an die die Einladung gerichtet war, haben sie denn auch bereits seit langem angenommen, bis auf die französische. Je näher der Termin rückt, um so hartnäckiger schweigt Laval. In seiner Regierungserklärung war nicht ein Satz über das Schicksal der Konferenz zu finden. Er leistet sich also unbekümmert die Taktlosigkeit, eine offizielle Einladung Englands offiziell unbeantwortet zu lassen. England hat sich bisher mit jeder Brüskierung durch Frankreich abgefunden, es wird sich auch diesmal mit dem rauhen internationalen Verkehrston, den die Pariser Politiker neuerdings belieben, abfinden. Das einzige, was man von Frankreich vernimmt, ist eine halbamtliche Auslassung der Agentur Havas, die erklärt wegen der Wahlen, die im Laufe des Jahres in Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten stattfinden, sei es unmöglich, zu einer endgültigen Lösung des Reparations- und Kriegsschuldenproblems zu kommen. Man wolle deshalb für sechs Monate oder ein Jahr das Hoovermoratorium verlängern. Und siehe da, die halbamtliche Verlautbarung genügt England, um in bescheidener Selbstentäußerung die Initiative zu ergreifen und Deutschland den offiziellen Vorschlag der Verlängerung des Hoovermoratoriums um ein Jahr zu machen, obwohl es annehmen mußte, Deutschland werde sofort ablehnen.

Die deutschen Gründe sind klar. Deutschland kann nicht mehr zahlen. Jedes neue Moratorium bedeutet aber deutsche Leistungen. Wir müßten abermals die nichtgeschützten Tribute zahlen, die man wiederum der deutschen Reichsbahn als Kredit zur Verfügung stellen würde. Aber selbst eine solche indirekte Belastung ist für die Reichsbahn angesichts der Tatsache untragbar, daß im Jahre 1931 die letzten angesammelten Reserven verbraucht wurden, um ein offenes Defizit zu vermeiden. Ja, Deutschland würde

Die Verantwortung liegt bei Frankreich

Konferenzverschiebung bis November?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. Januar. Die Vertagung der Lausanner Reparationskonferenz ist der Reichsregierung von der einladenden Macht, England, bisher in offizieller Form noch nicht mitgeteilt worden. Das liegt daran, daß die französische Regierung nach dem französischen Verfassungsrecht erst das Vertrauen des Parlaments besitzen muß, ehe sie wichtige Regierungshandlungen vornehmen kann. Als eine solche wichtige Regierungshandlung steht der französische Ministerpräsident Laval auch die Zustimmung Frankreichs zu der Vertagung der Reparationskonferenz an, und erst wenn die Kammer dem Kabinett Laval das Vertrauen ausgesprochen hat, will Paris dem englischen Vorschlag auf Vertagung der Konferenz beitreten. Man glaubt in Frankreich offenbar, durch derartige Mätzchen der Welt weismachen zu können, daß es ja gar nicht Frankreich sei, das ein so starkes Interesse an der Vertagung der Lausanner Konferenz habe. Aber selbst das gänzlich unmotivierte Festhalten an angeblichen Verfassungsbestimmungen kann nach alledem, was vor sich gegangen ist, die Welt nicht mehr darüber hinwegtäuschen,

> daß Frankreich es ist, das fürs erste die internationale Erörterung des Reparationsproblems torpediert hat.

In Berlin nimmt man an, daß die offizielle Mitteilung der Verschiebung der Konferenz auf einen zunächst unbestimmten Termin im Laufe des Freitags, spätestens des Sonnabends eintreffen wird. Die Bemühungen der Reichsregierung in den nach wie vor stattfindenden diplomatischen Erörterungen richten sich schon jetzt darauf, die schnelle und alsbaldige internationale Behandlung der Reparationsfragen sicherzustellen. Aber auch gegenüber diesem Bestreben zeigen sich bereits französische Widerstände. Frankreich will ganz offenbar eine Behandlung des Tributproblems in der nächsten Zeit vermieden wissen, und die Meldungen einiger französischer Blätter, daß die Konferenz Ende Januar noch vor sich gehen könnte, sind als eine bewußte Irreführung der Weltöffentlichkeit aufzufassen. Den wahren Absichten Frankreichs kommen schon Meldungen englischer Blätter näher, die davon zu berichten wissen,

> daß zwischen Paris und London Erörterungen über eine Verschiebung der Reparationskonferenz bis zum November dieses Jahres gepflogen würden.

Die Konferenz solle, so heißt es in diesen englischen Meldungen, kurz nach den amerikanischen Wahlen und kurz vor dem 15. Dezember, an dem die Zahlungen an die Vereinigten Staaten fällig werden, liegen. Der, wie es scheint, von englischer Seite stammende Vorschlag, die Reparationskonferenz bis zum November zu vertagen, ging von der Voraussetzung aus, daß das Hoover-Moratorium um ein volles Jahr bis zum 30. Juni 1933 verlängert werden würde. Dieser Vorschlag ist aber bekanntlich vom Reichskanzler abgelehnt worden, und Dr. Brüning hat sich auch energisch dagegen ausgesprochen, die Reparationskonferenz erst gegen Ende des Jahres vor sich gehen zu lassen. So ergibt sich nun die Tatsache, daß infolge der französischen Sabotage die Lausanner Konferenz aufgegeben ist, daß aber ein neuer Konferenzbeginn noch ganz unbestimmt ist. Es steht zu erwarten, daß die Reichsregierung, wenn sie die offizielle Mitteilung über die Verschiebung der Konferenz in Händen hat, die Initiative ergreifen wird, um darauf hinzuweisen, daß eine Verschleppung des Reparationsproblems bis zum Schluß des Jahres für Deutschland völlig untragbar ist.

England sucht ein Tributkompromiß

v. Neurath bei Außenminister Simon

London, 21. Januar. Botschafter v. Neurath stattete am Donnerstag dem Außenminister Simon einen Besuch ab und legte ihm nochmals den deutschen Standpunkt zur Tributfrage und zur Frage der Lausanner Konferenz dar im Sinne der Mitteilungen, wie sie in Berlin dem englischen Botschafter gemacht worden sind. Er wies darauf hin,

> daß eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums für Deutschland nicht in Frage komme.

Auch ein vollständiges Moratorium einschließlich eines solchen für die ungeschützten Tributzahlungen würde noch keine Erleichterungen bringen, wenn nicht noch vor dem 1. Juli in Verhandlungen über eine endgültige Regelung der Tributfrage eingetreten werde.

> Da die Franzosen noch auf Garantien für die Erhaltung ihrer Youngplanrechte bestehen, ehe sie sich zur Teilnahme an einer Konferenz bequemen wollen,
>
> sucht die englische Diplomatie eine neue Kompromißlösung, über die aber bisher noch keine Entscheidung gefallen ist.

So viel scheint jedoch festzustehen, daß zunächst einmal ein zeitlich unbegrenztes Moratorium vorgeschlagen werden soll. Ueber die weiteren damit im Zusammenhang stehenden Fragen ist noch keine Klarheit geschaffen. Die Bemühungen der englischen Diplomatie richten sich noch immer auf das Ziel, die Lausanner Konferenz zustande zu bringen.

Macdonald lehnt Lavals Einladung ab

Berlin, 21. Januar. Ministerpräsident Macdonald, der von dem französischen Ministerpräsidenten Laval für das Wochenende zu Besprechungen nach Paris gebeten worden war, hat diese Einladung abgelehnt. Durch den Botschafter in Paris hat er der französischen Regierung sein Bedauern zum Ausdruck bringen lassen, daß er unter dem Druck der parlamentarischen Arbeiten nicht von London abkömmlich sei.

Angesichts dieses Entschlusses Macdonalds hat sich Außenminister Sir John Simon veranlaßt gesehen, seine Reisepläne nach Genf einer Nachprüfung zu unterziehen. In politischen Kreisen hält man es für durchaus möglich, daß er am Sonnabend auf der Durchreise in Paris einen Aufenthalt nehmen wird zu Besprechungen mit Laval und vielleicht auch mit anderen französischen Ministern.

Mißglückte Flucht aus der Fremdenlegion

Paris, 21. Januar. In Fez wurden am Mittwoch drei Fremdenlegionäre deutscher Staatsangehörigkeit verhaftet, die sich die Regimentskasse mit etwa 150 000 Franken zur Durchführung ihrer Flucht angeeignet hatten. Die drei Flüchtlinge sind zwei Brüder namens Kresse und ein ehemaliger deutscher Offizier von Eynatten.

Heute:
Der D.N.-Kraftfahrer
Seite 9 und 10